

Sendeverbot für Halk TV: Erdoğan's Kampf gegen die Opposition eskaliert!

In der Türkei wächst der Druck auf die CHP und kritische Medien. Sendeverbote und Verhaftungen gefährden die Pressefreiheit.



Istanbul, Türkei - In der Türkei eskaliert die politische Repression, da die Regierung von Präsident Recep Tayyip Erdoğan vermehrt gegen oppositionelle Stimmen vorgeht. Ein aktuelles Beispiel ist das Sendeverbot gegen den Fernsehsender Halk TV, der der größten Oppositionspartei, der CHP, nahe steht. Diese Maßnahme wurde von der Organisation Reporter ohne Grenzen (RSF) scharf kritisiert, da sie die Freiheit der Berichterstattung massiv einschränkt. Erol Önderoglu von RSF bezeichnete das Vorgehen der Medienaufsichtsbehörde als willkürlich und unverhältnismäßig, wobei die Regierung versucht, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen, insbesondere im Hinblick auf die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen.

Im Kontext der Repressionen kam es vermehrt zu Protesten, insbesondere nach der Festnahme des Istanbuler Bürgermeisters Ekrem İmamoğlu. İmamoğlu, der als potenzieller Herausforderer für Erdoğan gilt, wurde am 19. März 2023 aufgrund von Korruptionsvorwürfen verhaftet. Diese Festnahme hat landesweite Proteste ausgelöst, die zu den größten in der Türkei seit den Gezi-Protesten 2013 wurden. Trotz eines offiziellen Demonstrationsverbots mobilisierten zigtausende Bürger, um gegen die Repressionen zu demonstrieren. Die Gewerkschaft Disk-Basin-İs bezeichnete die Festnahmen von Journalisten im Zusammenhang mit diesen Protesten als „Angriff auf die Pressefreiheit“.

Politische Unterdrückung

Die Verhaftung von İmamoğlu und mehreren Journalisten zeigt die besorgniserregende Lage der Pressefreiheit in der Türkei. Laut Angaben von Reporter ohne Grenzen belegt die Türkei Platz 159 von 180 Ländern im Ranking zur Pressefreiheit. Seit 2014 wurden 77 Journalisten wegen „Beleidigung des Präsidenten“ verurteilt, und unzählige Medienvertreter sehen sich der Gefahr von Verhaftungen gegenüber. Ein aktuelles Verbot gegen den Sender Sozcu TV, das schon im März 2023 beschlossen wurde, verdeutlicht die anhaltenden Repressionen. Die Medienaufsichtsbehörde RTÜK hat seitdem angekündigt, Sendeverbote und Lizenzentzüge gegen kritische Sender zu verhängen.

Die Regierung hat zudem die Kontrolle über die Medien drastisch erhöht. Wo einst eine Vielzahl an unabhängigen Stimmen existierte, sind heute mehr als 85% der nationalen Medien in handen der Regierung. Ebubekir Şahin, der Vorsitzende der RTÜK, droht Fernsehsendern sogar mit Sanktionen, wenn sie über die Proteste berichten oder Inhalte verbreiten, die staatliche Institutionen kritisieren. Mehr als 700 Social-Media-Accounts wurden inzwischen blockiert, und der Zugang zu sozialen Medien wurde eingeschränkt, um kritische Informationen zu unterbinden.

Die Reaktion der internationalen Gemeinschaft

Die internationale Gemeinschaft beobachtet die Entwicklungen in der Türkei mit Besorgnis. Während sich die Repression gegen bereits verhaftete Journalisten und die Einschränkung von Medienfreiheit verstärkt, wird der Druck auf die Regierung von Erdoğan auch durch internationale Organisationen wie RSF und die Gewerkschaft der Medienschaffenden erhöht. Diese fordern die sofortige Freilassung aller inhaftierten Journalisten und ein Ende der politischen Repression. Das Vorgehen der Türkei wird als Besorgnis erregend angesehen, insbesondere im Vorfeld der nächsten Wahlen, die für die Opposition entscheidend sein könnten.

Das Land steht an einem kritischen Punkt, während die Regimekritiker weiterhin auf die Straße gehen, trotz der hohen Repression und der drohenden Gefahr für Journalisten und Demonstranten. Die Stille der internationalen Gemeinschaft wird immer wieder infrage gestellt, während die Menschenrechte in der Türkei weiter eingeschränkt werden. In Anbetracht der tiefen politischen Spaltungen bleibt abzuwarten, wie sich die Situationen um die CHP und ihre Unterstützer entwickeln wird.

Insgesamt zeigt die aktuellen Lage eindringlich, wie wichtig es ist, die Pressefreiheit und das Recht auf Protest in der Türkei zu verteidigen.

Die genannten Entwicklungen verdeutlichen den dramatischen Rückgang der Pressefreiheit in der Türkei und die anhaltenden Herausforderungen für die oppositionellen Kräfte im Land. Die Erhaltung der demokratischen Prinzipien scheint zunehmend in Gefahr, während die politischen Spannungen weiter steigen.

Für weitere detaillierte Informationen zu den Protesten und den Geschehnissen in der Türkei besuchen Sie bitte **Kleine Zeitung**, **Euronews** und **taz**.

Details	
Vorfall	Proteste
Ursache	Korruption, Terror
Ort	Istanbul, Türkei
Festnahmen	22
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.kleinezeitung.at• de.euronews.com• taz.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at